

**56. Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen Länder
am 25.-26.03.2026 in Berlin**

Beschluss

TOP 3 Freiheitsausstellung

Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder betonen die zentrale Bedeutung von Freiheit als Grundvoraussetzung unserer Demokratie. Die für 2029 am historischen Ort im Humboldt-Forum geplante Freiheitsausstellung widmet sich dem Freiheitsbestrebungen der Menschen in kommunistischen Diktaturen, z.B. der friedlichen Revolution von 1989, der polnischen Solidarność-Bewegung sowie dem Prager Frühling von 1968. Diese Ausstellung bietet die Möglichkeit, das Thema in all seiner Vielschichtigkeit zu entfalten – in historischer Tiefe ebenso wie in gegenwartsbezogener Perspektive. Sie bietet eine einzigartige Chance, diese Erfolgsgeschichten der Freiheit, wie beispielsweise das „Paneuropäische Picknick“ an der ungarisch-österreichischen Grenze, das zu einem ersten großen Riss im Eisernen Vorhang führte, zu würdigen, zu vermitteln und Hoffnung für heutige Freiheitskämpfe in der Welt zu machen. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Die ostdeutschen Länder fordern die Bundesregierung auf, die Freiheitsausstellung im Humboldt-Forum finanziell umfassend zu unterstützen. Als Projekt zur Stärkung der Erinnerungskultur und des demokratischen Bewusstseins ist sie von gesamtstaatlicher Bedeutung und verdient besondere Förderung.
2. Es wird angeregt, die Ausstellung mit modernen Vermittlungsformaten und Bildungsprogrammen auszustatten, um junge Generationen für den Freiheitsgedanken zu begeistern. Der Bund wird gebeten, für die Errichtung sowie den Betrieb der Ausstellung Mittel bereitzustellen.